

Haushalt 2022: Dokument der gebrochenen Versprechen

Am Mittwoch bringt die Landesregierung unter Ministerpräsident Armin Laschet ihren letzten Haushalt in den Landtag ein. Es ist ein Dokument der gebrochenen Versprechen:

- 1.** Vor seiner Wahl 2017 versprach Armin Laschet, die Ministerialbürokratie nicht aufzublähen. Mit dem Haushalt 2022 sind nun 6.600 Stellen in den Ministerien Nordrhein-Westfalens vorgesehen – eine Steigerung von 1.087 Stellen und rund 20 Prozent im Vergleich zu 2017. Versprechen gebrochen!
- 2.** Der Bund muss es richten: Im Haushalt 2022 stecken 3,2 Milliarden Euro an Bundesmitteln allein für die Bereiche Bildung, Wohnungsbau, Hochschule und ÖPNV. So setzte die Landesregierung auch bei der Anschaffung von Luftfiltern auf ein Bund-Länderprogramm (42,2 Mio. Euro Bundesanteil, dazu 48,2 Mio. Euro Landesmittel) und konnte sich mit dem Bund und den Ländern nicht auf Förderrichtlinien einigen. Ergebnis: Es flossen bisher gar keine Mittel. Dabei hatte Armin Laschet zu Beginn der Legislaturperiode noch gesagt, man dürfe nicht immer nach dem Bund rufen.
- 3.** Laschet versprach, die Grunderwerbssteuer zu senken, eine Lösung für die Altschulden der Kommunen zu finden und alle Lehrkräfte unabhängig von der Schulform zum Berufseinstieg mit A13 zu besolden. Bisher ist nichts davon umgesetzt. Versprechen gebrochen!

Der Schein von einem schuldenfreien Haushalt trügt: Die Landesregierung gleicht die erwarteten Steuerausfälle in Höhe von rund 10 Mrd. Euro aus dem Corona-Rettungsschirm aus. Die Prioritäten sind damit klar: Ein ausgeglichener Haushalt ist wichtiger als den Menschen notwendige Hilfen zukommen zu lassen.

Dabei braucht Nordrhein-Westfalen dringend einen sozialen Neustart. Wir können das besser – und setzen das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt.

Unsere Ideen für den sozialen Neustart: >> >>

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

- 1. Beste Bildung:** Wir wollen eine Ganztagsoffensive mit einheitlichen Standards für Qualität und Räume, die Kita-Qualität ausbauen durch eine Umstellung der Finanzierung von der Kindpauschale auf eine feste Sockelfinanzierung und einen schulscharfen Sozialindex in Kombination mit mehr Schulsozialarbeit einführen. Die Gebühren für Kitas und Ganztagsbetreuung wollen wir abschaffen.
- 2.** Wir setzen auf ein **Zukunftsinvestitionsprogramm** in Höhe von 5 Mrd. Euro für die kommenden vier Jahre. Mit 2,5 Mrd. Euro wollen wir das Programm „Gute Schule“ weiterführen. Die weiteren Investitionen sollen unter anderem in die Sanierung von Kitas, Jugendzentren und Sportstätten fließen, die Wohnungsnot bekämpfen, Klimaschutzmaßnahmen fördern und die IT-Sicherheit in Krankenhäusern verbessern.
- 3.** Ein **Neustart-Programm** in Höhe von 10 Mrd. Euro wollen wir aus dem Corona-Rettungsschirm finanzieren. Damit wollen wir unter anderem die Abschaffung der Kita- und OGS-Gebühren zunächst bis Ende 2022 bestreiten, die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern und den ÖPNV im Interesse einer klimagerechten Mobilität ausweiten.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.